



# De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

Ausgabe 2/2013

www.dkp-koeln.de

## Zu wenig Wohnungen, zu hohe Mieten

*Warum steigen die Mieten? Es gibt zu wenig Wohnungen. Vermieter können verlangen, was sie wollen. Im Mai hat der Deutsche Mietertag eine bundesweite Bilanz ziehen können.*

Die Einwohnerzahlen steigen. Die Zahl der Haushalte ist zwischen 2002 und 2010 von 38,7 auf 40,3 Mio. angewachsen. Bis zum Jahre 2025 werden es 41,1 Mio. sein. Entsprechend wird sich die Nachfrage erhöhen. Schon heute fehlen 250.000 Mietwohnungen. Pro Jahr und bundesweit werden aber nur 70.000 Mietwohnungen neu gebaut. Wenn das so weitergeht, fehlen im Jahr 2025 eine Mio. Wohnungen.

Aber auch die Nebenkosten steigen. Schon heute geben die Haushalte in Deutschland im Durchschnitt 34,1 Prozent ihrer Konsumausgaben für Wohnen und Energie aus. Vor zehn Jahren waren es 32%. Bei niedrigen Einkommen liegt die Belastung schon bei 50 Prozent.

Besonders schwer haben es Studierende. Seit den 90er Jahren hat sich die Zahl der öffentlich geförderten Wohnheimplätze nicht wesentlich erhöht. Gleichzeitig ist aber die Zahl der Studenten von rund 1,7 Millionen (1999) auf 2,5 Millionen in diesem Jahr gestiegen. Das Deutsche Studentenwerk (DSW) fordert angesichts der zunehmenden Wohnungsnot in den Universitätsstädten 25 000 zusätzliche Wohnheimplätze.

Die Stadt Köln geht davon aus, daß in den

nächsten 17 Jahren 34 000 Menschen nach Köln ziehen. „Die Hälfte wird zwischen 18 und 30 Jahren alt sein.“ Sagte Maria Kröger, Leiterin des Stadtentwicklungsamtes auf einer Veranstaltung des Architektenforums im April (Kölnische Rundschau 10.4.13). Günstiger Wohnraum, so Kröger, soll vor allem durch Neubauten geschaffen werden. Bis 2020 sollen 29 000 neue Wohnungen im Geschossbau im gesamten Stadtgebiet gebaut werden, bis 2030 sollen es sogar 50 000 sein. „Wir wollen jedes Jahr 1000 geförderte Wohnungen bauen“, kündigte Kröger an. Danach müßten bis 2020 jährlich 4500 Wohnungen erstellt werden.

Aber: Allein im vergangenen Jahr ist Köln um etwa 10 000 Einwohner gewachsen, nur 2500 Wohnungseinheiten wurden fertiggestellt. (KR 27.3.13) Das reicht nicht aus, um deutliche Preissteigerungen bei

### Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- Interview mit einer Beschäftigten im Einzelhandel, S. 3
- Ernsthafte Gefahr für die Demokratie in Europa, S. 4
- Der Poker um die Kölner Kunst- und Museumsbibliothek, S. 6

Mieten und Wohnungen zu verhindern.

### Steigende Mieten in Köln

Vor einem Monat berichtete die Kölnische Rundschau aus der Zeitschrift CAPITAL: „Sowohl bei den Kaufpreisen für Immobilien als auch bei den Mieten rechnen Experten in den kommenden zwölf Monaten mit einem Anstieg zwischen zwei und acht Prozent.

Zu den Vierteln: Bayenthal hat nach Ansicht der Makler durch die Bebauung des ehemaligen Dom-Brauerei-Geländes eine deutliche Aufwertung erfahren.“

Was heißt das? Der Wohnungsmangel läßt die Mietpreise explodieren, im Bayenthal wird es besonders teuer werden. Aber: Das Dombrauerei-Gelände an der Altenburger Straße gehört dem Land, geplant wird dort ein Justizzentrum.

Die DKP Köln-Innenstadt schlug schon vor zwei Jahren vor, auf diesem Gelände öffentlich finanzierte Wohnungen mit bezahlbaren Mieten gemäß Artikel 29,2 der Landesverfassung zu bauen: „Das Land hat die Aufgabe, nach Maßgabe der Gesetze neue Wohn- und Wirtschaftsheimstätten zu schaffen [...]“

Niedrige Mieten können bei öffentlicher Finanzierung auf dem Wohnungsmarkt für Entspannung sorgen. Private Vermieter wären veranlaßt, ihre Mieten zu senken.

Auch die BÜSIE, ein Zusammenschluss verschiedener Initiativen in der Südstadt, wendet sich gegen den Bau des Justizzentrums und fordert die Realisierung des städtischen Entwicklungskonzeptes Südliche Innenstadt-Erweiterung (ESIE), das immerhin noch den Bau von Wohnungen vorsieht.

### Wir erinnern uns

Seit einigen Jahren liegt das Gelände der ehemaligen Dombrauerei an der Altenburger Straße/Ecke Schönhauser Straße

brach. Zunächst war hier der Neubau der Fachhochschule Köln vorgesehen. Die sollte aus Deutz auf die andere Rheinseite umziehen. Im Frühjahr 2008 hatten Beteiligungsfirmen der Bauwens-Gruppe Teile dieses Grundstücks für 23 Millionen Euro gekauft und wenige Wochen später für 33,4 Millionen an das Land, genauer: an den landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) NRW, verkauft.

Dieses Geschäft war sehr lukrativ. Es fiel auf und kam im Mai 2009 im Landtag zur Sprache. Die damalige Opposition aus SPD und Grünen wollte die Grundstücksgeschäfte von Paul Bauwens-Adenauer und Patrick Adenauer beleuchten. Die Abgeordneten interessierte, wie ein Grundstück in nur acht Wochen 10 Millionen Euro teurer werden konnte. In diesem Zusammenhang hatte am 21. Mai 2009 der Kölner Stadtanzeiger noch mitgeteilt: „Bereits Anfang Mai 2008 soll es ein zweites Werkstattgespräch im Zusammenhang mit der Erstellung des städtebaulichen Masterplans gegeben haben, den IHK-Präsident Paul Bauwens-Adenauer initiiert hat und der die Neubauten für die Fachhochschule im Kölner Süden vorschlägt.“

Die Dumont-Presse (Stadtanzeiger, Kölnische Rundschau, Express) ist schon lange nicht mehr so mitteilnehmend wie im Jahre 2009. Sie geizt mit Informationen über das Geschäftsmodell der Adenauer-Enkel. Das kann daran liegen, dass Paul Bauwens-Adenauer ein mächtiger Mann ist. Er ist Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Köln. Außerdem leitet er als Präsident auch die IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e. V., ist Vizepräsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) und außerdem noch als Vorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU in NRW tätig.

- Klaus Stein

## Arbeiten im Einzelhandel

*Sandra arbeitete in einer Filiale von Dunkin Donuts in der Kölner Innenstadt.  
Wir fragten sie nach ihren Erfahrungen.*

**Hallo Sandra. Wie waren deine Arbeitsbedingungen bei Dunkin Donuts?**

Ich habe weniger als 5 Euro netto die Stunde verdient, musste 5-6 Tage jeweils 10-11 Stunden arbeiten, weil wir ständig unterbesetzt waren. Dabei ist die maximale Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche begrenzt. Es gab einfach viel zu wenig Personal für die Arbeit, die gemacht werden musste. Ich musste den Laden bei Frühschicht alleine öffnen und schließen. Wenn irgendetwas abhandenkam, z.B. Geld in der Kasse, wurde es von meinem Gehalt abgezogen. Ich musste einen Zettel unterschreiben, dass ich das "freiwillig" bezahle. Die hygienischen Zustände waren unzumutbar. Es gab teilweise keine Seife auf den Toiletten, in der Filiale liefen Mäuse rum. Die Einrichtung im Personalraum war kaputt und man konnte sich kaum hinsetzen. Es gab kein Reinigungspersonal und die Mitarbeiter mussten z.B. die Toiletten putzen. Davon wurde nur eine halbe Stunde bezahlt, alles was darüber ging war kostenlose Extraarbeit. Real brauchte man 1,5 Stunden. Da kann man sich dann ja vorstellen wie sorgfältig die Reinigungsarbeit gemacht wurde.

**Warum hast du denn dann überhaupt diese Arbeit angenommen?**

Ich habe halt lange nach einem Job gesucht und viele Bewerbungen geschrieben und wurde nicht angenommen. Bei Dunkin Donuts wurde ich eben direkt angenommen. Mir war es erst mal egal wie viel ich verdiene.

Ich muss halt meine Miete bezahlen, die Fixkosten, Nahrungsmittel und sowas und ohne Arbeit war ich nicht krankenversichert. Einer meiner Arbeitskollegen hatte nicht mal eine Wohnung und lebte auf der Straße. Er wurde bei Dunkin Donuts sofort genommen. Das war für ihn die einzige Lösung.

**Warum warst du denn nicht krankenversichert, du hast ja Hartz 4-Anspruch?**

Hartz 4 zu bekommen war nicht leicht. Ich sollte so viel angeben, was privat war. Außerdem hätte mein Vater für mich zahlen müssen und das wollte ich nicht, weil ich unabhängig leben will.

**Was muss deiner Meinung nach passieren, damit sich die Situation für Jugendliche in so einem Job verbessert?**

Es braucht erst mal einen Mindestlohn, damit man von seiner Arbeit auch Leben kann. Es braucht auch viel mehr Personal. Wir waren völlig überarbeitet. Warum stellt man nicht Reinigungskräfte ein, die für ihre Arbeit dann auch bezahlt werden? Solche Läden müssten eigentlich regelmäßig überprüft werden, ob sie wenigstens Mindeststandards vom Arbeitsrecht einhalten. Am besten wäre es, wenn sich die Angestellten selbst organisieren und sich einen Betriebsrat wählen, der dann selbst dafür kämpft, dass sich die Arbeitssituation verbessert.

**Vielen Dank für das Interview!**



**„Der Lohn muß der Leistung entsprechen und den angemessenen Lebensbedarf des Arbeitenden und seiner Familie decken.“**  
(Artikel 24(2) der Landesverfassung NRW)

## **Ernsthafte Gefahr für Demokratie in Europa**

*Köln, 1. Mai. Tausende Menschen, offenkundig mehr als sonst, demonstrierten bei schönstem Wetter gegen Spardiktate, Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen und für ein soziales Europa.*

Nicht zuletzt galt es, den Forderungen der Kolleginnen und Kollegen, die sich in Tarifaueinandersetzungen befanden, Nachdruck zu verleihen, zumal mit diesem Tag die Metall-Kollegen mit ihren Warnstreiks begannen.

Wie jedes Jahr drängten sich danach die Kolleginnen und Kollegen auf dem Heumarkt, wo 60 Organisationen, Vereine und Verbände sowie eine große Bühne für Unterhaltung und Information sorgten.

Kollege Górriz übermittelte einen solidarischen Gruß im Namen des spanischen Gewerkschaftsbundes Comisiones Obreras und skizzierte die dramatische Situation in Spanien.

Er sagte: „Tag für Tag nimmt der Konjunkturrückgang, die Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ungleichheit zu. Die Situation ist gekennzeichnet durch das Scheitern der Sparmassnahmenpolitik, durch Kürzungen der sozialen und der Arbeiterrechte, durch aufgezogene Reformen der Wirtschafts- und

Bankenelite, durch die Regierung der spanischen Volkspartei[...]. Die Europäische Gemeinschaft, dem Diktat von Frau Merkel folgend, besteht auf ihren Attacken gegen den Wohlfahrtsstaat und gegen die sozialen und Arbeiterrechte, noch mehr Arbeitslosigkeit, weitere Einschränkungen.“

Unter anderem forderte er: „Schluss mit Kürzungen bei öffentlichen Ausgaben, sozialer Wohlfahrt und Löhnen! Ende für Steuerwettbewerb, Steuerbetrug und Steuerhinterziehung!

Ein Aus für den Wettbewerb auf Löhne und Arbeitsbedingungen!“

Reiner Hoffmann, Bezirksleiter der IG BCE Nordrhein und langjähriger stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, griff ebenfalls die Politik der Troika an.

„Angeblich haben die Mitgliedstaaten der EU – insbesondere die im Süden – über ihre Verhältnisse gelebt. Daher müssten Arbeitnehmerrechte eingeschränkt, Löhne, Renten und Sozialleistungen gekürzt werden. [...]Dieser Weg führt



1. MAI 2013

**GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE.  
SOZIALES EUROPA.**





gen. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden verhaftet, verschleppt, gefoltert und ermordet.“

Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in unterschiedliche, mitunter sich bekämpfende Richtungsgewerkschaften, mahnte Kollege Kossiski, habe erheblich ihre Kampfkraft geschwächt.

Die Lehre aus Niederlage, Widerstand, Verfolgung

und Exil, wie sie von Wilhelm Leuschner im Angesicht der Ermordung durch die Nazis formuliert wurde, laute:

„Schafft die Einheit!“

in die Irre. Der rigide Sparkurs und der Abbau von Arbeitnehmerrechten sind eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie in Europa.“

Er forderte in seiner Ansprache die Finanztransaktionssteuer, eine einmalige Vermögensabgabe, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie eine höhere Besteuerung großer Erbschaften.

Am Ende generierten die Kabarettisten Robert Griess, Fatih Cevikkollu und Torsten Stelzner sowie die Bands Cowboys on dope und Group Kalan noch etliches an guter Laune.

- Klaus Stein

Andreas Kossiski erinnerte an den 2. Mai, den 80. Jahrestag der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung durch die NS-Diktatur. „Nachdem die Nationalsozialisten den 1. Mai als ‚Feiertag der nationalen Arbeit‘ inszeniert hatten, besetzten und verwüsteten SA-Kommandos im ganzen Land Gewerkschaftshäuser, Büros und Wohnun-



## Wat fott es, es fott

### *Der Poker um die Kölner Kunst- und Museumsbibliothek*

Einer der beliebten Sprüche in der Klüngelrepublik am Rhein. Zuletzt war es das berühmte Stadtarchiv, das von heute auf morgen ins ubische Köln zurückversetzt wurde. Nun ist - wieder einmal, muss man sagen - die Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt an der Reihe.

Diese Kunstbibliothek wurde in Köln bereits seit 1888 als öffentliche, allen Bürgern zugängliche Einrichtung aufgebaut. Sie stellt, wie das Stadtarchiv, eine Basiseinrichtung für den Kunst und Kulturbetrieb dar; dient zur Erarbeitung von Ausstellungen und Veröffentlichungen der Museen und Forschungseinrichtungen, insbesondere auch zur Bildung der Bevölkerung und der Ausbildung kultureller Berufsgruppen.

Die Verblödung der Bevölkerung voranzutreiben hat die Stadtregierung (SPD/Grüne-Koalition) es unternommen, nun endgültig das Aus der Kunst- und Museumsbibliothek einzuläuten. Haben die Verantwortlichen schon das historische Gedächtnis der Stadt in den Orkus versenkt - der städtische Klüngel versäumte seine Aufsichtspflichten beim Bau der U-Bahn wahrzunehmen - so gehen sie nun daran, das pulsierende „Herz“ (Kasper König) der Kölner Kunst stillzulegen.

Bereits 2010 wurde die Verwaltung beauftragt, „mit der Universität zu Köln und dem Wissenschaftsministerium NRW Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, „zukünftig die Kosten der KMB angemessen anteilig zu tragen, um die Belastungen für den städtischen Haushalt dauerhaft deutlich zu senken“. Die Verhandlungen versandeten im Kölner Nirwana. Kulturdezernent Quander hielt sich vornehm zurück. Überraschend verkündete am 8. Dezember 2010 der Oberbürgermeister

Roters vor versammelter Presse, vollmundig, als wäre er der Retter und nicht die vehement protestierenden Bürger: „Der Bestand der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln ist gesichert“.

Nun wird dasselbe Spielchen zum xten Mal neu aufgelegt: Die Verwaltung soll neue Verhandlungen aufnehmen und die Ergebnisse zu möglichen finanziellen oder trägerschaftlichen Beteiligungen den zuständigen Ratsgremien vorlegen, damit der Rat am 18. Juni 2013 die notwendigen Beschlüsse fassen kann.

Zur Debatte steht vor allem die „Dezentralisierung“ beschönigend als „Aufteilung auf die Museen“ genannt. Konkret bedeutet das eine Zerschlagung und eine Schließung der Bibliothek für den öffentlichen Gebrauch. Ist es nicht Betrug am bildungswilligen Bürger, wenn ihm die grundgesetzlich garantierten Bildungsmöglichkeiten verschlossen werden? Von einer Handvoll Banausen, die sich erdreisten, darüber zu befinden, was gut und schlecht ist für die Menschen in Stadt und Region! [www.stadt-koeln.de](http://www.stadt-koeln.de) -> Kulturstadt?

Kunst erschöpft sich hier in der wirtschaftlichen Nutzbarmachung der hochgerühmten Vergangenheit durch den profitablen Tourismus, die der ratsgeübte Zeitgenosse gerademal aus der Hauspostille (bei der das Kulturblatt nach den Sportseiten rangiert) des alteingesessenen Monopolbetriebs kennt. Kunst heißt denen vor allem das Handeln und Verkaufen von Werken. Wenn man dadurch Einnahmen verbuchen kann, dann ist Kunst hochwillkommen.

*(leicht gekürzt übernommen aus der Wochenzeitung Unsere Zeit, 17. Mai 2013)*

## Eindrücke von der Maifeier der DKP Köln

Rund 90 Besucher, darunter erfreulich viele Nichtmitglieder, haben bei strahlendem Sonnenschein an der traditionellen Maifeier der DKP Köln im Naturfreundehaus im Arbeiterstadtteil Kalk teilgenommen. Unter den Gästen befanden sich in diesem Jahr u.a. die Genossin Vivian Delgado Fernandez, Leiterin der Außenstelle Bonn der kubanischen Botschaft begleitet von einigen Mitarbeitern, der stellvertretende Kreissprecher der Partei ›die Linke‹ in Köln, Heiner Kocherbeck sowie Genossen der KKE und der Tudeh-Partei.



*Maifeier in Köln Kalk*



*Maifeier in Köln Kalk*



Fotos: Klaus Stein/Volker Scholz-Goldenberg



*Vivian Delgado Fernandez,  
Leiterin der kubanischen Außenstelle in Bonn*



### **Marxistische Abendschule**

**Fortsetzung der Lektüre von  
„Manifest der kommunistischen Partei“ von  
Marx/Engels  
17. Juli 19:30 Uhr - Freidenkerzentrum,  
Bayenstraße 11, 50670 Köln**



## Wer wir sind

„Die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) steht in der Tradition der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Adenauer zwölf Jahre zuvor verbieten ließ. Sie ist hervorgegangen aus dem mehr als 150-jährigen Kampf der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Militarismus und Krieg.“ (Programm der DKP, Seite 40)

Die DKP hat heute in Ost und West etwa 3500 Mitglieder, in den letzten Jahren nimmt die Zahl der Neueintritte vor allem Jüngerer zu.

Ziel der DKP ist letztlich eine sozialistische Welt ohne Krieg und Ausbeutung. Wer sich gegen den Abbau demokratischer und sozialer Rechte und für eine friedliche Welt einsetzen will, findet in der DKP seine Mitstreiter. In Köln ist die DKP in fünf Parteigruppen organisiert und in allen Stadtbezirken präsent.

Unsere Mitglieder wirken in den Gewerkschaften, der Friedensbewegung, antifaschistischen Initiativen und sozialen Bewegungen mit. In Köln hat die kommunistische Bewegung eine lange Tradition. Auch in der Innenstadt/Südstadt wollen wir wieder stärker werden.

# Nur Mut!

UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP  
Die Kommunistische unter den Linken.  
[www.kommunisten.de](http://www.kommunisten.de)

Jetzt  
4 Wochen  
kostenlos  
probelesen!

Name  Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

### Ja, ich will:

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm  
 Kontakt zu einer DKP- Gruppe in meiner Nähe

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:  
DKP-Parteivorstand, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen  
[www.dkp.de](http://www.dkp.de) • E-Mail: [dkp.pv@t-online.de](mailto:dkp.pv@t-online.de)

### Unser nächster Gruppenabend:

Jeden 3. Dienstag im Monat,  
16.07.2013, 19:30 Uhr  
Freidenkerzentrum Bayenstr. 11

**Schau doch mal vorbei!**



### Impressum

Herausgeber:  
Gruppenvorstand der DKP  
Köln-Innenstadt  
Eigendruck

Kontakt:  
[vorstand@dkp-koeln.de](mailto:vorstand@dkp-koeln.de)

V.i.S.d.P.: Roßels, Bayenstr. 11, 50670 Köln